bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 13 | 24. Juni 2004

Rechte Szene 2

Rechtsextreme Allianzen

NPD-Funktionäre und Neonazis sind in Thüringen eng mit der Deutschen Partei verflochten.

Aktion Schulhof

Neonazis planen zigtausende kostenlose CDs an Schulen zu verteilen – Stillschweigen der Behörden.

Existenzgründer

Der Landgasthof des von der Stadt Lübeck entlassenen Rechtsextremisten Kern entwickelt sich zu einem Szenetreffpunkt.

Beunruhigendes Comeback

Der Wahlmarathon am 13. Juni brachte den rechtsextremen Parteien Republikaner und NPD durchwegs Stimmenzugewinne.

Verfassungschutz 6

Geschöntes Bild

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht von Sachsen-Anhalt weist erhebliche Lücken auf.

Grauzone 7

Ein "österreichischer Patriot"

Der Europaparlamentsneuling Andreas Mölzer hat zahlreiche Verbindungen ins rechtsextreme Lager.

Ausland 8

"Gott, Ehre, Vaterland"

Polnische Nationalpopulisten und Rechts-radikale auf dem Weg nach Brüssel.

Gegen Homosexuelle und die Türkei

Der rechtsextreme Front National hat Wählerstimmen an den Rechtskatholiken de Villiers verloren.

Demokratische Initiativen 11

In der "braunen Falle"

Eine Wanderausstellung will das Bewusstsein für die Gefahren von rechts schärfen.

Meldungen 12

Rechte Szene

Rechtsextreme Allianzen

NPD-Funktionäre und Neonazis sind in Thüringen eng mit der Deutschen Partei verflochten.

Als der Jugendbeauftragte der Deutschen Partei (DP), Michael Burkert ans Mikrophon trat, standen die thüringischen NPD-Anführer Frank Schwerdt und Ralf Wohlleben lächelnd daneben. Es waren nur knapp Hundert, überwiegend glatzköpfige Jugendliche, ins südthüringische Schleusingen gekommen, aber dennoch beherrschte ihr Anblick am 5. Juni die Straßen – nur eine kleine Gruppe junger Gegendemonstranten hatte den Weg zum Marktplatz durch die Polizeiabsperrung geschafft.

Der langhaarige Burkert fühlte sich als Einpeitscher der Kundgebung sichtlich wohl und schrie seine Parolen hinaus: „Wir sind die Elite des Landes, die Vorboten einer neuen Zeit“. Neben den Kameraden der NPD nickte auch DP-Landeschef Kurt Hoppe zustimmend. Den CDU-Bürgermeister hatten sie bereits heftigst angegriffen, den jungen Kameraden überließen sie nun die martialischen Durchhalteparolen. Eigentlich hätten Burkerts Sprüche den umherstehenden polizeilichen Einsatzkräften genug Anlass zum Einschreiten geben müssen, aber es geschah nichts. Die sehr jungen Zuhörer lauschten den gefährlichen Worten Burkerts, als er vom Tag der Rache sprach, vom Gericht gegen diejenigen, „die sich noch in Sicherheit glauben“. „Wer dem Volk nützt, für den stehen wir ein! Wer dem Volk schadet, der wird unter uns klein“, donnerten die Worte des Neonazis, ungelenk formuliert, über den Platz. Die Polizei rührte sich auch nicht, als er mit „Sieg dem nationalen Widerstand. Heil der nationalen Opposition“ endete. Das gab einem jüngeren Redner den Mut, noch eins drauf zu setzen und zu verkünden: „Eines Tages wird auch in Schleusingen ein NPD-Bürgermeister regieren“.

Im Schatten der erschreckenden Wahlergebnisse für die Neonazis sollten gerade solche Verbalattacken Anlass sein, auch in Thüringen endlich politisch verantwortlich zu reagieren. In kaum einem anderen Bundesland zeigen sich auch die Allianzen zwischen NPD-Funktionären, Kameradschaften, der Deutschen Partei und Untergrund-Akteuren so unverhohlen.

Als im November vergangenen Jahres im südthüringischen Ohrdruf ein Sprengstofflabor der rechten Szene entdeckt wurde, wiesen keine offiziellen Stellen warnend auf die Kameradschaftsstrukturen im Umfeld des 19-jährigen Bombenbastlers hin.

Auch der inzwischen nicht mehr aktive V-Mann des thüringischen Verfassungsschutzes Manfred R. aus Südthüringen, ehemaliger Landesschatzmeister der Deutschen Partei, kennt die jungen Anhänger aus dem Bereich Ohrdruf, „die hingen mit den Neonazis aus Meiningen rum“. In nahen Schleusingen baut Stefan Müller seit 2003 eine Kameradschaft auf. Der Antiquitätenhändler Müller selbst soll kürzlich ein riesiges altes Haus in der Innenstadt von Schleusingen erworben haben. Seine Kameradschaft, so erzählte er, arbeite eng mit dem Bund der Vertriebenen zusammen, für 2003 stand eine gemeinsame Busreise nach Schlesien auf dem Plan.

Bereits im März 2002 hatten Vertreter der NPD, aus dem Umfeld des NSAW (Nationales und Sozials Aktionsbündnis Westthüringen), der Deutschen Partei und der Freien Nationalisten in Erfurt beschlossen, dass künftig in jeder Großgemeinde eine Kameradschaft gegründet werden solle. Gewalttaten, wie die am Grünen Haus in Suhl wurden auf der damaligen Veranstaltung aus taktischen Gründen verurteilt. Der Landesschatzmeister der Deutschen Partei, V-Mann R. sei damals aufgefordert worden, „Kontakt zu den Gewalttätern aufzunehmen und in eine Kameradschaft zu führen“. Der illustre Kreis von thüringischen Neonazis plante beim Treffen in

Erfurt ein Großkonzert in Untermaßfeld für Mitte Mai und die gemeinsame Teilnahme an Demonstrationen. Zum Gedenken an Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im August 2003 fuhren die Neonazis aus diversen thüringischen Gruppierungen gemeinsam. „Auf der Fahrt gab es nur ein Thema, die Vernichtung der Juden in Deutschland und die Vernichtung der USA“, erinnert sich R. heute. Ein Herr, der nach längerer Zeit wieder mit von der Partie war, wollte bei der Gelegenheit „zum wiederholten Mal“ 1000 Euro für die „drei besten Jugendlichen“ spenden, der Vorsitzende der Deutschen Partei schlug Michael Burkert vor.

Zu dem Zeitpunkt hatte sich ein anderer Neonazi den Zorn seiner Kameraden von der Deutschen Partei zugezogen. „Christian Bärthel ist sehr rechtsradikal, er will den Staat mit all seinen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen“, informierte V-Mann R. bereits Anfang 2002 seine Vorgesetzten, erzählt er heute. Bärthel verfüge über beste Beziehungen zu allen Führungskräften des rechten Lagers und plante im selben Jahr ein Treffen im Harz mit einem „ehemaligen hochkarätigen US-Militär“. Aber Bärthels politische Alleingänge missfielen den Parteioberen der DP zunehmend, bei einem Treffen im Schloss Hubertus in Erfurt wurde er seiner Funktionen enthoben. Bei der Gelegenheit soll der Neonazi und DP-Jugendbeauftragte Michael Burkert seinen Kameraden mitgeteilt haben, dass man in Thüringen einen Jugendverein im Namen der DP gründen wolle „um so an Landesgelder zu kommen“.

Andrea Röpke

Aktion Schulhof

Neonazis planen zigtausende kostenlose CDs an Schulen zu verteilen – Stillschweigen der Behörden.

Seit Monaten rufen die „Freien Nationalisten“ im Internet zu Spenden auf, sie suchen Sponsoren für eine großangelegte Aktion: ein Sampler mit diversen Neonazi-Bands und Liedermachern soll kostenlos an Schüler in der ganzen Bundesrepublik verteilt werden.

Nach internen Hinweisen von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz soll der Sampler „mit Unterstützung von rechtsextremistischen Skinhead-Musikvertrieben, Bands, Kameradschaften und Einzelpersonen produziert werden“. Als Drahtzieher gilt ein erfahrener Neonazi mit eigenem Produktionslabel, der seit Jahren versucht, über den Musikbereich Geld für die „nationale Sache“ zu gewinnen. Aus strafrechtlicher Sicht haben die Behörden gegen die rechte CD mit Bands wie „Stahlgewitter“ aus Meppen und „Nordfront“ aus Hannover keine Handhabe – die Texte wurden auf jugendgefährdende Inhalte geprüft, ohne Erfolg. Zuständige Behörden bestätigen, dass in den vergangenen Monaten von einer Auflage von 250 000 CDs ausgegangen wurde, es aktuell aber eher so aussieht, dass in den nächsten Wochen zunächst bis zu 50 000 CDs verteilt werden könnten.

Das „Projekt Schulhof“ stößt in rechtsextremen Kreisen auf „großes Interesse“, mit dem Vorhaben soll über das Medium Musik Zugang zu noch nicht gefestigten Schülern gewonnen werden. Schwerpunkt der Aktion könnte, nach Insiderangaben, zunächst in Niedersachsen liegen, dort verteilen Neonazis gezielt vor Schulen ihre Hetzpamphlete.

Obwohl Polizei und Verfassungsschutz das Ausmaß dieses Neonazi-Vorhabens sehr ernst nehmen, soll die Öffentlichkeit nicht informiert werden. Im Gegenteil, die Kultusministerien warnen ausschließlich Schulleiter und fordern: „Um die Aktionen der rechtsextremen Gruppen nicht zusätzlich aufzuwerten, raten wir von Öffentlichkeitsarbeit zunächst ab“. Auf Nachfragen verweist das niedersächsische Kultusministerium dann auch abrupt an das Landeskriminalamt. Auch auf die Frage nach Präventionskonzepten – immerhin ist der Plan seit Monaten bekannt – wiegelt der Behördensprecher ab: „Dafür ist die Polizei zu-

ständig!“ Beratungsstellen und Initiativen gegen Rechts wurden bisher nur vereinzelt informiert.

A.R.

Existenzgründer

Der Landgasthof des von der Stadt Lübeck entlassenen Rechtsextremisten Kern entwickelt sich zu einem Szenetreffpunkt.

„Wat is denn hier los?“. Immer wieder begrüßen sich so Anwohner auf der abgesperrten Hauptstraße in Heilshoop. Und auch die Antwort ist immer dieselbe: „Na, die Linken sind da“. An die 100 Demonstranten protestieren am 12. Juni in dem kleinen Ort nahe Lübeck gegen eine Veranstaltung mit Manfred Roeder. Kaum aus der Haft entlassen, folgt der verurteilte 74-jährige Rechtsextremist einer Einladung Dieter Kerns in dessen neuen Gasthof „Landhaus – Grill und Bierstube“, um seine „Abrechnung mit der BRD“ vorzutragen. Über 40 junge Kameraden und ältere Herren aus dem Netzwerk der „Freien Nationalisten“ und des Bündnis Rechts für Lübeck (BRL) sind zu der Abendveranstaltung angereist. Um Provokationen zu verhindern, fordert die Polizei die Neonazis regelmäßig auf, nicht an die Absperrungen zu treten. Nicht immer folgen die Rechten der polizeilichen Anweisung. Auch Roeder und Kern wollen sehen, wer gegen sie auf die Straße geht.

Seit Anfang März dieses Jahres hat Kern als Vorsitzender des BRL den Landgasthof im Ortszentrum der 600 Einwohner zählenden Gemeinde in Schleswig-Holstein gepachtet. Zwei Liederabende veranstaltete er bereits. Doch der Bürgermeister Wendelin Herbrand hat, wie mancher Einwohner, ganz andere Sorgen. „Die können doch in Berlin, Hamburg oder meinetwegen auch in Kiel demonstrierten“, erklärt der 66-Jährige von der Allgemeinen Kommunalen Wählervereinigung. In Heilshoop sei dies aber ganz „unpassend“. „Wir empfinden das als Belästigung“, betont er und hebt hervor: „Die Menschen haben Angst vor den Linken“. Außerdem würde „die Aufmerksamkeit, die die Demonstranten den Rechten beimessen, nur dem politischen Gegner“ nützen. Welche Maßnahmen die Gemeinde selbst gegen das neue Nazizentrum unternimmt, erklärt Herbrand nicht.

Nicht alle Einwohner teilen die Meinung des Bürgermeisters. „Diese Rechten ohne Haare haben mich erschrocken“, erzählt eine ältere Nachbarin des neuen Pächters. Abends würden kaum Anwohner den Landgasthof besuchen, berichtet ein Jugendlicher, und ein Mittdreißiger meint: „Nicht, dass hier so ein Naziclub wie in Neumünster entsteht“.

Die Pacht dürfte der aus dem städtischen Dienst der Stadt Lübeck entlassene Kern nicht alleine aus finanziellen Gründen übernommen haben. Nachdem er in einer BRL-Presseerklärung ausführte, dass die Terroranschläge auf das World Trade Center eine „längst überfällige Befreiungsaktion gegen die USA“ gewesen sei, erstritt die Stadt vor dem Bundesarbeitsgericht die Entlassung. Kern hofft nun vielmehr, neben dem nicht weit entfernten Neonazizentrum „Club 88 – The very last resort“ in Neumünster ein weiteres Zentrum aufbauen zu können. So bemüht er sich um gute Nachbarschaft, tritt als netter Herr in Erscheinung und kündigt die Veranstaltungen nur szeneintern ohne Ortsangabe an, um keinen Widerstand hervorzurufen. „Anmeldung erbeten!“ heißt es denn auch zu der Abendveranstaltung mit Roeder, der 1995 als Referent der Führungsakademie der Bundeswehr auftreten durfte.

Informationen zu seinen Interessen und Positionen hat Kern vor Ort nicht gern. Als im Vorfeld der Kundgebung Antifaschisten Flugblätter gegen den neuen Gastwirt verteilten, kamen gleich Neonazis zu dem Ort gefahren und wollten die Jugendlichen bedrohen. Bei der Kundgebung versuchten die Neonazis „nur“, die Demonstranten zu fotografieren. Der Anmelder der Kundgebung erhielt per Post antisemitische Drohungen: „Shalom. Du

alter Spinner. Du lebst ja noch!“ Für den 17. Juli ist bereits eine neue Veranstaltung mit dem Neonazibarden Andre Lüders angekündigt.

Andreas Speit

Beunruhigendes Comeback

Der Wahlmarathon am 13. Juni brachte den rechtsextremen Parteien Republikaner und NPD durchwegs Stimmenzugewinne.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament lag das Gesamtergebnis für die Republikaner bei 1,9 Prozent (485 691 Stimmen; 24 653 Wählerstimmen mehr als 1999 mit 1,7%). In einzelnen Städten und Kreisen, vorwiegend in Rheinland-Pfalz, erzielten die REP beachtliche Einzelergebnisse: Pirmasens (10,59%), Ludwigshafen (7,7%), Mainz (5,68%), Speyer (5,28%). Gute Ergebnisse hatten sie ferner unter anderem in Chemnitz (9,08%), Heilbronn (5,81%) sowie in ihrer früheren Hochburg Rosenheim (5,57%). Die NPD verbesserte sich bundesweit auf 0,9 (0,4) Prozent und 241 678 Wählerstimmen (plus 134 016). In Sachsen lag ihr Landesdurchschnitt gar bei 3,3 Prozent (50 955 Stimmen). Dort holte sie teilweise Spitzenresultate von über 7 Prozent (Riesa-Großenhain, Sächsische Schweiz). Landesweit über dem Durchschnitt lagen die NPD-Ergebnisse in Brandenburg mit (1,8%), Sachsen-Anhalt (1,6%), Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Saarland (jeweils 1,7%).

Auch bei der zum gleichen Datum stattfindenden Landtagswahl in Thüringen konnten die REP mit 2,0 Prozent (19 831 Stimmen) und die NPD mit 1,5 Prozent (15 697 Stimmen) aufwarten. Im Wahlkreis Rudolstadt II erreichten sie zusammen 5,6 Prozent (REP 3,2%, NPD 2,4%). Ihr bestes Resultat erzielte die NPD mit 4 Prozent im Kyffhäuserkreis I mit 4 Prozent (dort 1 Prozent für die REP). Überdurchschnittlich schnitt die NPD ab in folgenden Wahlkreisen: Saalfeld-Rudolstadt I, II und III (2,8%, 2,4% und 2,4%) sowie Eichsfeld I und Saale-Orla-Kreis II (je 2,1%). Der sich „in desolater Lage“ (Thüringer Verfassungsschutz) befindliche Landesverband der REP holte ebenso verschiedentlich respektable Wahlkreisergebnisse: Gotha II (3,1%), Weimarer Land (3,0%), Weimar (2,9%), Erfurt I (2,7%), Altenburger Land I und II (2,7, 2,4%), Sömmerda I/Gotha III sowie Greiz III (je 2,5%).

Ihre größten Erfolge verbuchten die Rechtsextremisten allerdings bei den am gleichen Tag stattfindenden Kommunalwahlen. In Sachsen sind sie künftig in 23 Kommunalparlamenten vertreten. Insgesamt erzielte die NPD dort 13 Sitze in den Kreistagen und 28 in den Stadt- und Gemeinderäten. Zweistellige NPD-Ergebnisse gab es in Königstein (21,1%), Sebnitz (13,2%), Wurzen (11,8%) und Trebsen (11,7%). Ihr höchstes Einzelergebnis erhielt die NPD in der Gemeinde Reinhardsdorf-Schöna (25,4%). Selbst die REP konnten in der Stadt Chemnitz mit 10,3 Prozent und fünf Stadtratsmandaten punkten. Das als Sammelbecken verschiedener rechtsextremer Gruppen gegründete Nationale Bündnis Dresden erreichte über 4 Prozent der Stimmen und zieht mit drei Mandaten in das Stadtparlament der Landeshauptstadt ein.

In anderen Bundesländern schafften die Rechtsextremisten ebenfalls den Sprung in die Kommunalparlamente. Die NPD errang in Mecklenburg-Vorpommern zehn Mandate (je zwei Sitze im Kreistag Ludwigslust, Kreistag Ostvorpommern und in Stralsund; jeweils ein Sitz im Kreistag Müritz sowie in Ludwigslust, Anklam und Teldau). Ihr bestes Einzelergebnis erzielte sie in Anklam (Ostvorpommern) mit 9,8 Prozent. Sieben Kommunalmandate holte die NPD in Sachsen-Anhalt (Burgenlandkreis, Halle, Quedlinburg, Halberstadt, Sangerhausen, Aschersleben-Staßfurt). Erfolg hatte die NPD auch im Saarland. Mit 9,6 Prozent und fünf Mandaten zieht sie in den Stadtrat von Völklingen ein; zwei Sitze stellt sie im Ortsrat Völklingen Mitte, ferner zwei Bezirksratssitze in Saarbrücken. Für die Republikaner

gab es ein Comeback in Rheinland-Pfalz. Sie werden künftig in drei Kreistagen und in fünf Parlamenten der kreisfreien Städte vertreten sein. In der baden-württembergischen Landesmetropole Stuttgart warten die Republikaner wieder mit zwei Mandatsträgern auf.

G.N.

Verfassungschutz

Geschöntes Bild

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht von Sachsen-Anhalt weist erhebliche Lücken auf.

Dem Bericht des Verfassungsschutzes von Sachsen-Anhalt kann CDU-Innenminister Klaus Jeziorsky eigentlich nur positive Seiten abgewinnen. „Das rechtsextremistische Personenpotenzial nahm im Berichtszeitraum weiter ab", freut sich Jeziorsky. Die Zahl der Mitglieder in rechtsextremistischen Parteien und Vereinigungen sei von 310 im Jahr 2002 auf 260 im Folgejahr zurückgegangen. Auch die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten ist laut Verfassungsschutzbericht mit 650 (2002: 730) rückläufig. Die Zahl der harten Neonazis wird im Bericht hingegen mit 250 als annähernd gleich angegeben. Problematisch scheint für die Verfassungsschützer in Sachsen-Anhalt insbesondere die Zahl der in regionalen Gruppierungen nur sehr lose organisierten „Freien Nationalisten" zu sein, über deren Mitgliederzahlen und -strukturen der Verfassungsschutzbericht so gut wie keine konkrete Angabe liefert. Dabei dürfte gerade die Beobachtung dieses Personenkreises hochinteressant sein, da diese Gruppierungen größtenteils aus früheren Kameradschaften hervorgegangen sind, mittlerweile aber ideologisch viel stärker gefestigt sind.

Treibende Kraft hinter einer solchen Ideologisierung ist der Quedlinburger Neonazi Steffen Hupka, der schon seit jeher für eine stringente Schulungs- und Kaderstrategie im rechtsextremistischen Lager eintritt. Als Mitbegründer und wichtigster Sprecher der „Revolutionären Plattform in der NPD" (RPF) wurde Hupka aus der NPD ausgeschlossen. Seltsamerweise taucht der Name Hupka in Jeziroskys Bericht 2003 nicht ein einziges Mal auf. Bislang war der Quedlinburger Neonazi Stammgast in den Berichten. Dabei gilt Hupka auch bei Verfassungsschützern als die treibende ideologische Kraft hinter dem „Nationalen Zentrum Mitteldeutschland" in Trebnitz im Landkreis Bernburg. Zwar nennt der Verfassungsschutzbericht das Projekt im alten Trebnitzer Schloss, als Erwerber und Bauherr für die Umgestaltung zu einem Seminar- und Schulungszentrum für die rechtsextremistische Szene wird jedoch der Würzburger Neonazi Uwe Meenen genannt. Dabei sahen die Verfassungsschützer selbst bereits vor zwei Jahren in Steffen Hupka die eigentlich entscheidende und handelnde Kraft beim Aufbau des braunen Zentrums. Auch der Name Ludwig Güttler fehlt im Bericht. Der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende von Magdeburg fiel ebenfalls der parteiinternen Säuberung zum Opfer und engagiert sich jetzt bei der Organisation der freien Nationalisten in der Landeshauptstadt.

Kenntnis nehmen dürfen Interessierte dagegen von Tatsachen, die sie zumeist bereits aus der Tagespresse kennen. So zum Beispiel von Enrico Marx, der im Landkreis Sangerhausen im Süden des Ostharzes einen kleinen Neonazi-Konzern betreibt. Zentrum dieses Konzerns ist die Szenekneipe „Zum Thingplatz" in Sottershausen, die Marx gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin führt und in der regelmäßig Konzerte rechtsextremistischer Balladensänger und Skinhead-Bands stattfinden. Zugleich vertreibt Marx rechtsextremistische und nationalsozialistische Devotionalien und ist Führungsfigur der „Kameradschaft Ostara" im Landkreis Sangerhausen. Zeitweilig war er Mitglied des NPD-Kreisvorstandes, wurde aber als RPF-Exponent ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen.

Die so genannte „Anti-Antifa-Arbeit" will der Hallenser Neonazi Sven Liebich wieder bele-

ben. Liebich ist Kopf des Redaktionsteams des „Nationalen Beobachter“, Regionalausgabe Halle-Saalkreis, und ruft darin ganz offen zur Beobachtung und Dokumentation der antifaschistischen Aktivitäten von Gruppierungen und Einzelpersonen auf.

Als zunehmend bedeutungslos bezeichnet der Bericht von Klaus Jezirosky die rechtsextremistische Szene im Harz und im Harzvorland. Eine Einschätzung, mit der der Minister ziemlich daneben liegt. Gerade in der Harzregion wird durch bekannte Aktivisten derzeit mit Nachdruck versucht, über eine einschlägige musikalische Subkultur neue Anhänger zu rekrutieren. Eine treibende Kraft ist dabei der 31-jährige Sänger der Band „Skinheads Sachsen-Anhalt“ (SSA), Peter Karich.

Insgesamt registrierten die Behörden in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr 571 rechtsextrem motivierte Straftaten (2002: 618), 107 (102) waren fremdenfeindlicher und 25 (29) antisemitischer Natur, sowie 50 (67) rechtsextrem motivierte Gewaltdelikte. Eine politisch motivierte Gewalttat im Bereich der Ausländerkriminalität registrierten Staats- und Verfassungsschützer 2003 ebenfalls, vermeiden aber im statistischen Zahlenmaterial darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um eine rechtsextrem motivierte Tat handelt. Im Mai vergangenen Jahres stach ein US-amerikanischer Austauschschüler in Dessau einen linken Jugendlichen nieder. In seiner Vernehmung gab der Täter zu, Sympathisant der rechten Szene zu sein und bereits Kontakte zu örtlich aktiven Neonazis geknüpft zu haben. Einzige Folge der Gewalttat: Der Amerikaner wurde aus Deutschland ausgewiesen. Man muss den Verfassungsschutzbericht schon sehr genau lesen, um auf diesen Fall zu stoßen. Lediglich in der anhängenden Statistik taucht wieder die Zahl auf: ein Fall extremistisch motivierter Ausländerkriminalität. Soll sich doch der Leser seinen eigenen Reim darauf machen.

Eberhard Löblich

Grauzone

Ein "österreichischer Patriot"

Der Europaparlamentsneuling Andreas Mölzer hat zahlreiche Verbindungen ins rechtsextreme Lager.

Andreas Mölzer (Jg. 1952), einstiger Chefideologe der FPÖ, vertritt künftig als einziger Abgeordneter die FPÖ in Brüssel. Der frühere FPÖ-Europaparlamentarier Peter Sichrovsky bezeichnete den Einzug von Mölzer ins Europäische Parlament als „eine Schande für Österreich“. Dieser sei ein „Rechtsextremer ..., der seinen Wahlkampf eröffnet hat mit einem Hinweis auf eine zionistische Gefahr, der diese Partei in ein Eck’ hineinzieht, wo sie 20 Jahre gearbeitet hat, um herauszukommen.“

Geführt wurde Mölzers Kampagne, die sich auf die „Kernschichten“ der FPÖ, darunter deutschnationale Burschenschaften, konzentrierte, unter dem Slogan „Für die Rechte der deutschen Altösterreicher in der EU!“. Unterstützung fand der Burschenschafter (Akademisches Corps Vandalia zu Graz) vom Komitee „Andreas Mölzer – ein österreichischer Patriot für Europa“, das unter anderem von Ewald Stadler (Unterstützer der rechtsklerikalen Priesterbruderschaft St. Pius X.), John Gudenus (Mitherausgeber von „Zur Zeit“, Interviewpartner der „National-Zeitung“) und Robert Prantner (Referent bei der zwischenzeitlich aufgelösten Polit-Psycho-Sekte VPM und dem rechtsextremen Kulturwerk Österreich) angeführt wurde. Publizistische Unterstützung boten extrem rechte Blätter wie „Der Eckart“ (Untertitel: „So weit die deutsche Sprache reicht“), die Zeitschrift der Österreichischen Landsmannschaft. Dort konnte Mölzer seine europapolitischen Vorstellungen in Form von Interviews zum Besten geben. Mölzer: „Der Weg zu einem europäischen Bundesstaat mit einem ethnisch-kulturellen Schmelztiegel der Völker, in dem die nationalen Identitäten, die Völker und Volksgruppen aufgehen, ist im Grunde eine Horrorvision.“

Die Zuwanderung nach Europa, das bei Mölzer dort endet, „wo das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation mit seiner Strahlkraft hingereicht hat“, habe seiner Auffassung nach „längst alle erträglichen Grenzen überschritten“: „Hier hat sich eine nicht integrationswillige und nicht integrationsfähige Zuwandererbevölkerung ergeben, die eindeutig ein kultureller und ethnischer Fremdkörper ist.“

Seinen publizistisch-politischen Werdegang startete Mölzer 1983 als Redakteur des FPÖ-nahen Monatsmagazins „Aula“. Es folgten Funktionen als Chefredakteur der FPÖ-Wochenzeitung „Kärntner Nachrichten“, als Chef des Freiheitlichen Bildungswerkes, FPÖ-Grundsatzreferent und als Bundesrat. 1992 sorgte Mölzer für Negativ-Schlagzeilen, als er bei einem Vortrag beim Freiheitlichen Akademikerverband in Salzburg von der „drohenden Umvolkung der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ in der Bundesrepublik und Österreich schwadronierte. Seit 1997 fungiert Mölzer als Kolumnist der „Kronen Zeitung“ und Chefredakteur der rechtsextremen Wochenzeitung „Zur Zeit“, des Schwesternblattes der „Jungen Freiheit“. Zuvor war er ab 1995 Leiter der Österreich-Redaktion der „Jungen Freiheit“. Von 1999 bis 2001 stand Mölzer Jörg Haider als Kulturberater des Landes Kärnten zur Seite.

In rechtsextremen Kreisen ist Mölzer seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt und geschätzt. Sei es als Referent beim Kulturwerk Österreich, bei der Gesellschaft für freie Publizistik, der Sommeruniversität der „Jungen Freiheit“, dem Verein Die Deutschen Konservativen, den Republikanern oder beim „Süddeutschen Forum“. Ebenso wirkte Mölzer als Autor in rechtsextremen Blättern wie unter anderem der „Jungen Freiheit“, den „Deutschen Monatsheften“ oder im „Report“ des Nationaldemokratischen Hochschulbunds und griff für den Hohenrain-Verlag sowie den Druffel-Verlag zur Feder.

Anton Maegerle

Ausland

"Gott, Ehre, Vaterland"

Polnische Nationalpopulisten und Rechtsradikale auf dem Weg nach Brüssel.

Radikale rechte Kräfte haben auch im neuen EU-Mitgliedstaat Polen den Einzug ins Europaparlament geschafft. Die nationalpopulistische Selbstverteidigung des Bauernführers Andrzej Lepper hat 10, 8 Prozent und die Liga der Polnischen Familien, ein Sammelbecken des rechtsradikalen Lagers, 15,92 Prozent erreicht. Die Liga wird damit als zweitstärkste polnische Kraft mit zehn Abgeordneten, die Selbstverteidigung mit sieben Parlamentariern vertreten sein.

In der politischen Szene Polens sind die Liga und die Selbstverteidigung spätestens seit den Parlamentswahlen des Jahres 2001 von Bedeutung. Die 1991 zunächst als bäuerliche Protestvereinigung gegründete Selbstverteidigung erreichte damals 10,2 Prozent und schaffte damit zum ersten Mal den Einzug in den Sejm. Auch die Liga, die erst im Vorfeld der Wahl als Plattform für die nationalistisch gesinnte Fraktion der ehemaligen antikommunistischen Opposition ins Leben gerufen wurde, schnitt mit 7,9 Prozent ausnehmend gut ab. Diesen Erfolg verdankten die beiden Kräfte nicht zuletzt ihrer entschiedenen Gegnerschaft eines polnischen EU-Beitritts. An der Frage des EU-Beitritts kristallisierte sich in Polen in den letzten Jahren die Frage nach dem polnischen Nationsverständnis. Vor diesem Hintergrund war es für beide Parteien um so wichtiger, dass sie jetzt ihr Antreten bei den Europawahlen mit nationalen Argumenten legitimierten. Sowohl Liga als auch Selbstverteidigung traten mit den Wahlslogans „Wir wählen Polen“ beziehungsweise „Wählt die Rot-Weißen“ für ein „starkes Polen“ in einem „Europa der Vaterländer“ ein.

Mit der Gründung der Liga im Jahre 2001 ist es gelungen, große Teile des zerstrittenen rechten Lagers mittelfristig zu einen. In den

90er Jahren hat sich in Polen ein weit verzweigtes, kaum noch überschaubares rechtsradikales Milieu herausgebildet, das bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Zahlreiche Zeitschriften, Verlage und Internetportale verbreiten auf legale Weise nationalistisches, antisemitisches und fremdenfeindliches Gedankengut. So sind der täglich von fünf Millionen Menschen gehörte Sender „Radio Maryja“ und die viertgrößte polnische Tageszeitung „Nasz Dziennik“ dem Umfeld der Liga zuzurechnen. Vor allem „Radio Maryja“ unterstützte die Liga aktiv in ihrem Wahlkampf und verbreitet regelmäßig antisemitische Parolen. Damit nimmt sie der Liga, die sich als seriöse, rechtskonservative Partei profilieren will, eine leidige Aufgabe ab: Antisemitismus wird man in öffentlichen Dokumenten der Liga kaum finden, in ihrem Umfeld und dessen Symbolik ist er aber durchaus präsent, wie auch anti-deutsche Parolen an der Tagesordnung sind.

Schutz vor dem "Ausverkauf" an Deutsche

In ihrer Programmatik macht es sich die Liga zum Ziel, Polen und nun vielleicht auch Europa, auf einen neuen Weg zu bringen, den sie mit den Begriffen „Gott, Ehre, Vaterland“ umschreibt. Oberstes Gebot ist die Aufrechterhaltung der moralischen und biologischen Existenz der Nation. Dies, so heißt es im Programm der Liga, kann nur durch die Aufrechterhaltung voller staatlicher Souveränität, den Schutz der polnischen Erde vor dem „Ausverkauf“ an Deutsche und die Verwirklichung katholischer Werte – vor allem dem Schutz der Familie – gewährleistet werden. Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sich durch protektionistische Maßnahmen diesem Ziel unterzuordnen. Typisch ist dabei auch die Aktualisierung politischer Mythen wie das Bild von Polen als „Christus der Nationen“.

Dass die Selbstverteidigung heute als etablierte populistische Protestpartei dasteht, ist vor allem der Fähigkeit ihres Führers Andrzej Lepper, die politischen Opportunitäten zu nutzen, zuzuschreiben. Aufsehen erregende Protestaktionen wie gewaltsame Straßenblockaden und das Verunglimpfen der politischen Klasse spielten dabei eine wichtige Rolle. Organisation und Programmatik der Selbstverteidigung, die ursprünglich aus dem postkommunistischen Lager kommt, weisen die klassischen Merkmale des Populismus, angefangen mit der Stellung des charismatischen Führers, auf. Die Selbstverteidigung verspricht, die „normalen Bedürfnisse des Menschen“ nach Familie, dem Leben in nationaler Tradition und sozialer Sicherheit zu gewährleisten. Im Bereich der Wirtschaftspolitik tritt sie in Anlehnung an einen Ausspruch des Papstes für einen „3. Weg“ ein. Konstitutiv ist dabei das Freund-Feind Denken, das allerdings schon aus dem Namen Selbstverteidigung herausgehört werden kann. Mit „Selbstverteidigung“ ist die Verteidigung gegen den inneren Feind des polnischen Volkes in Gestalt der politischen Eliten und gegen den äußeren Feind, den internationalen Kapitalismus vor allem in Gestalt der EU gemeint.

Mit diesen beiden politischen Kräften wird man sich nun auch im Europaparlament auseinandersetzen müssen. Ganz im Sinne ihres neuen Images hat die Liga schon angekündigt, mit den gemäßigten konservativen Parteien im Europaparlament kooperieren zu wollen. Aber auch für die wahrscheinlich im Herbst 2004 stattfindenden vorgezogenen Parlamentswahlen werden der Liga und der Selbstverteidigung gute Chancen eingeräumt, die sogar zu einer Regierungsbeteiligung führen könnten.

Kirsten Schönefeld

Gegen Homosexuelle und die Türkei

Der rechtsextreme Front National hat Wählerstimmen an den Rechtskatholiken de Villiers verloren.

Tröstlich für die französische extreme Rechte war eines: Bereits im Vorfeld der jüngsten Europaparlamentswahlen konnte sie absolut sicher sein, dass sie so gut wie jedes zu erwar-

tende Ergebnis als Zuwachs verkaufen könnte. Denn die vorangegangene Europawahl vom Juni 1999 fiel in Frankreich in die Zeit kurz nach ihrer Spaltung, bei der Anhänger von Jean-Marie Le Pen einerseits und seines früheren Chefideologen Bruno Mégret andererseits sich spinnefeind gegenüber standen. Damals hatte der Front National (FN) deswegen sein mit Abstand schwächstes Ergebnis seit 20 Jahren erhalten, mit 5,69 Prozent der Stimmen und fünf Sitzen im Europaparlament. Die Abspaltung unter Bruno Mégret ihrerseits erhielt seinerzeit noch 3,28 Prozent, bevor sie in der Bedeutungslosigkeit verschwand.

Der Front National erhielt bei den jetzigen Wahlen 9,81 Prozent der Stimmen. Doch die Zahl seiner Sitze im Europaparlament wächst „nur" von fünf auf sieben, da die Pariser konservative Regierung vor einem Jahr und drei Monaten eine Wahlrechtsänderung auf den Weg brachte, die allein die größten Parteien begünstigt. Im Europaparlament werden die französischen Parteifreunde Le Pens voraussichtlich mit dem Abgeordneten der griechischen rechtsextremen Laos-Partei zusammenarbeiten können und die Kooperation mit dem belgischen Vlaams Blok (drei Sitze) suchen. Offen ist die Frage einer Arbeit mit dem FPÖ-Abgeordneten Andreas Mölzer und eventuellen osteuropäischen Gesinnungskameraden.

Unter den acht Großwahlkreisen, die im Zuge der Wahlrechtsreform für die Europawahl eingerichtet wurden, brachte der nordfranzösische (von der belgischen Grenze bis nach Saint-Malo) das beste FN-Ergebnis: 12,86 Prozent. Ursächlich dafür sind die teils wesentlich höheren Ergebnisse in den industriellen Krisenrevieren Nord-Pas de Calais und Picardie. Am schlechtesten dagegen schnitten die FN-Listen im Großraum Paris (8,58 Prozent) und vor allem im eher katholisch-konservativen Westfrankreich (5,62 Prozent) ab. Da in letzteren beiden Fällen die Spitzenkandidaten Familienangehörige Le Pens waren – seine Tochter Marine und sein ehrgeiziger Schwiegersohn Samuel Maréchal –, dürfte sein Clan sich eher Sorgen machen.

Im westfranzösischen Großwahlkreis, wo der FN am schlechtesten abschnitt, erhielt dagegen die Liste nationalkonservativer EU-Skeptiker unter dem rechtskatholischen Grafen Philippe de Villiers ihr höchstes Ergebnis mit 12,36 Prozent. Frankreichweit erzielte der Mouvement pour la France (MPF, Bewegung für Frankreich) des rechten Grafen 6,67 Prozent; eine ähnlich orientierte Liste des rechtspopulistischen Innenministers Charles Pasqua ihrerseits 1,7 Prozent. 1999 hatten de Villiers und Pasqua, die damals noch zusammenarbeiteten, über 13 Prozent der Stimmen erhalten.

De Villiers hatte vor allem Wahlkampf gegen einen EU-Beitritt der Türkei – den auch FN, MNR sowie einige Regierungskonservative zum Hauptwahlthema hochstilisierten – sowie gegen die durch Grüne und Sozialdemokraten befürwortete Homosexuellen-Ehe betrieben. Das sorgte auch für einen begrenzten Transfer rechtsextremer Stimmen zum Grafen de Villiers. Denn Bernard Antony vom katholisch-fundamentalistischen Parteiflügel des Front National steht einerseits zur Zeit in der innerparteilichen Opposition gegen Le Pen. Andererseits hatte der FN-Chef es sich bei ihm doppelt verscherzt, als er die erste Homosexuellen-Ehe (die am 5. Juni von einem grünen Bürgermeister zelebriert worden war) mit der Bemerkung abtat, man solle „keine Staatsaffäre" daraus machen. In den acht Tagen vor der Wahl räumte sowohl die rechtsextreme, ultrakatholische Tageszeitung „Présent" als auch die nationalistische Wochenzeitung „Minute" – die beide dem FN nahe stehen – de Villiers reichlich Platz ein, um seine Positionen darzustellen. Dass der rechte Graf bisherige FN-Stimmen einsammeln könnte, wird freilich auch im Regierungslager, dem de Villiers angehört, gerne hingenommen.

Bernhard Schmid

Demokratische Initiativen

In der "braunen Falle"

Eine Wanderausstellung will das Bewusstsein für die Gefahren von rechts schärfen.

Seit dem „Aufstand der Anständigen“, der sich unter anderem in einer Großdemonstration gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im November 2000 in Berlin manifestierte, ist viel Zeit vergangen – mehr als es kalendarisch erscheint. Vor allem seit den Anschlägen vom 11. September 2001 richtet sich das Augenmerk der Politiker wie der Öffentlichkeit vor allem auf Terrorgefahren, die aus dem Spektrum islamistischer Fundamentalisten drohen. Doch rechtsextremistische Aktionen und Organisationen sind keineswegs verschwunden.

Das Bewusstsein für die nach wie vor bestehenden Gefahren von rechts schärfen will die Wanderausstellung „Die Braune Falle“, die bis zum 2. Juli in Berlin zu sehen ist. Zusammengestellt wurde die Präsentation vom Bundesamt für Verfassungsschutz, und zur Eröffnung in Berlin führte der Präsident des Amtes, Heinz Fromm, in das Thema ein. Er bedauerte, dass die öffentliche Resonanz auf das Thema Rechtsextremismus in den letzten Jahren schwächer geworden sei. Denn insbesondere die „zu hohe Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten gibt Anlass zu großer Sorge“. Allein 2003 registrierte das Bundeskriminalamt 759 gewalttätiger Übergriffe mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund. Zudem sei die „Szene“ schwer zu fassen, da sie sich seit den 90er Jahren stark wandle. „Fest steht“, so Fromm, „wir haben es heute mit einem jüngeren, aktionistischeren und auch militanteren Rechtsextremismus zu tun.“

Dort setzt die Ausstellung an. Sie arbeitet anhand des fiktiven Rechtsextremisten Mario S. den klassischen Verlauf einer „Karriere“ in dieser Szene ab. In sechs Abschnitten verläuft seine Laufbahn: Der Suchende, Der Verführte, Der Kamerad, Der Anstifter, Der Täter und Der Aussteiger sind sie überschrieben. Um Hintergrundinformationen und Multimedia-Einheiten ergänzt, gibt die Ausstellung einen guten Einblick in das gesamte Thema.

Da sich die Präsentation schwerpunktmäßig an Schüler und Jugendliche wendet, ist sie vielseitig aufgemacht. Die Texte auf den Informationstafeln sind allgemein verständlich und „erschlagen“ auch Besucher mit geringen Vorkenntnissen nicht. Mario S. hat dabei die Funktion, jüngere Betrachter mit sich selbst zu konfrontieren, denn er ist zunächst ein ganz normaler Jugendlicher, der auf seinem Weg der Sinnsuche peu à peu in die rechtsextremistische Subkultur abdriftet. Auf den vertiefenden Informationstafeln werden neonazistische Symbole ebenso erklärt wie die Funktion von szenetypischer Musik und PC-Spielen mit Gewalt verherrlichenden, antisemitischen und rassistischen Inhalten. Die Ausstellung fasst außerdem knapp die historischen Bezugspunkte des heutigen Rechtsextremismus zusammen und beschreibt die Folgen des nationalsozialistischen Rassismus’, Antisemitismus’ und Nationalismus’.

Immerhin: Die Präsentation endet versöhnlich. Mario S. gerät nach gewalttätigen Übergriffen auf Ausländer in eine Krise. Er steigt aus der rechtsextremistischen Szene aus.

Wie wichtig die Förderung solcher Ausstiege, aber auch die entschlossene Abwehr gegenüber Rechtsextremismus sei, machte Lutz Diwell, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, bei der Ausstellungseröffnung in Berlin deutlich. „Es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben“, sagte er. Die Bundesregierung habe eine Vier-Säulen-Strategie entwickelt, die aus den Elementen aktiver Einsatz für die Menschenrechte, Förderung von Integration, Maßnahmen gegen Rechtsextremismus sowie Stärkung der Zivilgesellschaft bestehe.

Gudrun Giese

Bis 2. Juli im Foyer des Presse- und Besucherzentrums der Bundesregierung, Reichstagufer 14, 10117 Berlin. Anschließend wird die Ausstellung in Schwetzingen, ab August in Unna, dann in Jever gezeigt.

Weitere Informationen:
www.verfassungsschutz.de

Meldungen

Wahlabsprachen

Berlin – NPD und DVU wollen sich bei den Landtagswahlen am 19. September in Sachsen und Brandenburg gegenseitig keine Konkurrenz machen. „Die Vorstände empfehlen den nationalen Wählern, in Brandenburg der DVU und in Sachsen der NPD ihre Stimme zu geben", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Parteichefs Gerhard Frey und Udo Voigt. In Brandenburg hatte die DVU bei der Landtagswahl 1999 5,3 Prozent der Stimmen geholt und war mit fünf Mandaten ins Parlament eingezogen. In Sachsen rechnet sich die NPD Chancen auf den Einzug in den Landtag aus, nachdem sie bei der Europawahl am 13. Juni auf 3,3 Prozent gekommen war. Dies könne aber nicht gelingen, „wenn wieder drei oder vier nationale Konkurrenten antreten", erklärte Voigt. Seine Partei will die bereits erfolgte Meldung zur Brandenburg-Wahl nun zurückziehen. (ts)

Enttäuschte Fans

Wetterau Kreis - Der Sänger der Band „Sturmwehr" Jens Brucherseifer hat den Unmut der Szene auf sich gezogen. Der Grund: Er sollte bei einem Balladenabend im Kreis Wetterau (Hessen) auftreten, sagte aber eine halbe Stunde vor dem Auftritt per SMS ab. Angeblich fand er keinen Fahrer. Rund 100 Besucher warteten vergebens auf den Sänger. (bb)

Mussolini im Europäischen Parlament

Italien (Rom) – Die Duce-Enkelin Allessandra Mussolini (Jg. 1962) zieht als Abgeordnete für die rechtsextreme Alternativa Sociale in das Europäische Parlament ein. Die vor zwei Monaten gegründete Alternativa Sociale, an der auch die rechtsextremen Gruppen Forza Nuova und Fronte Sociale Nazionale beteiligt sind, ist eine Abspaltung der postfaschistischen Alleanza Nazionale (AN). Sie erzielte bei der Wahl zum Europäischen Parlament ein Ergebnis von 1,2 Prozent (398.000 Stimmen). Mussolini, die seit 1992 dem italienischen Abgeordnetenhaus angehört, versprach im Wahlkampf unter anderem eine Volksabstimmung gegen den Euro. Im November 2003 war Mussolini aus der Regierungspartei Alleanza Nazionale ausgetreten, nachdem AN-Chef und Vizepremier Gianfranco Fini während eines Israel-Besuchs zu Italiens faschistischer Vergangenheit auf Distanz gegangen war. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abonnementverwaltung:
wegewerk GmbH
Mail: abo@wegewerk.de
Fon: (030) 24 08 36 60
Fax: (030) 24 08 36 89